

Plakatierung im Wahlkampf

Das Bürgerforum hatte beantragt, dass bei der Samtgemeinde eine Satzung beantragt wird, wonach im kommenden Kommunalwahlkampf das Plakatieren nur auf den von der Gemeinde aufgestellten Plakatwänden zulässig ist.

Der Gemeindedirektor stellte klar, dass für alle Themen der öffentlichen Ordnung die Samtgemeinde, und dort das Ordnungsamt, zuständig ist.

Die SPD sprach sich gegen den Antrag aus. Sie wies auf das Recht und die Notwendigkeit hin, dass sich jede Partei präsentieren kann. Sie befürchtete, dass sich eine Partei, insbesondere die NPD, nicht daran hält. Dann hängen tagelang die Plakate und Barendorf sieht aus, als wäre der Ort eine Hochburg der Rechten.

Die CDU betonte, dass sie den Antrag auch nicht für "zielführend" hält und betonte den Sinn der Präsentation im öffentlichen Raum.

Der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums sprach sich massiv gegen die "scheußlichen" Partei-Plakate aus und die Vergeudung wertvoller Rohstoffe um sie zu produzieren. Die SPD verwarnte sich gegen diese Bewertung.

Der Antrag wurde mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Blühstreifen in Grünflächen

Das Bürgerforum hatte beantragt, dass auf den Grün- und Ausgleichsflächen Blühstreifen mit Wildstaudenflora angelegt werden. Dazu soll Beratung durch das Netzwerk "Kommunen für biologische Vielfalt" in Anspruch genommen werden. Es soll geprüft werden ob es vom Land Zuschüsse gibt.

Begründet wurde der Antrag mit einem dramatischen Einbruch der Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren, insbesondere Insekten.

Die SPD freute sich über die gepflegten Gärten in Barendorf, in denen das ganze Jahr grünt und blüht. Statt für so etwas Geld auszugeben müssten endlich die notwendigen Erneuerungen von kaputten Straßen erfolgen. Die CDU sprach sich für eine Überweisung des Antrags an den Fachausschuss aus. Das wurde mehrheitlich gegen 3 Stimmen und einer Stimmabhaltung geschlossen.

Die CDU hatte nach Patenschaften und die Kosten dafür gefragt. Bisher wurden für 2 Verkehrsinseln rund 500 Euro, davon für die Insel am Clasberg allein 355,78 Euro, ausgegeben. Es werde nach dem Anschreiben mit ca. 20 bis 25 Patienten gerechnet.

AUS DEM RAT

Informationen der SPD-Fraktion Barendorf

Vorläufiger Jahresabschluss 2014 bringt Überschuss

16.09.2015

aus der Eisenzzeit gefunden. Die werden in den nächsten zwei bis drei Wochen dokumentiert. Sie werden das Bauvorhaben vermutlich nicht verzögern. In der nächsten Ratssitzung könnte der B-Plan beschlossen werden.

Bei der Schadenersatzklage gegen den Planer des Sport- und Dorfgemeinschaftshauses hatte das Gericht ein Moderationsverfahren angeregt. Die Gemeinde hat dem zugestimmt. Der Beklagte auch. Am 3.11.2015 soll die erste Sitzung stattfinden.

Mit der fachgerechten Sanierung der gesandeten Fuß- und Radwege wurde begonnen. Es gibt erste positive Reaktionen der Anrainer.

Die Seilbahn im Spielplatz "Im Barcken" wird repariert. Sie soll schon in Kürze wieder benutzt werden können.

Der Bebauungsplan "Altendorf" ist noch offen. Auf Initiative der Gemeinde wurden vier potentielle Investoren gefunden. Die wollen bis Ende Oktober ihre verbindlichen Angebote abgeben. Dann müssten sich die Eigentümer entscheiden. Anschließend wird sich die Gemeinde abschließend mit dem B-Plan befassen.

Aus dem Verwaltungsausschuss wurde berichtet, dass für die Jugend des TUS Barendorf, für die Jugendfeuerwehr Barendorf und für die Ferienkinder aus Weißrussland Zuschüsse gewährt wurden.

- Der Bürgermeister berichtete, dass sich Anwohner aus dem Stadtteil an die Gemeinde gewandt hatten mit dem Ziel, die Sperrmüllabfuhr nicht mehr monatlich durchzuführen. Grund: Diebstähle von Gartenmöbeln, die damit im Zusammenhang stünden. Die GFA hatte von sich aus bereits angekündigt, dass sie die monatlichen Abfuhrtermine nicht mehr will. Künftig soll nur noch alle zwei Monate der Sperrmüll eingesammelt werden.

Jahresabschluss 2014
Der vorläufige Jahresabschluss wurde vom Kämmerer der Samtgemeinde vorgestellt. Die Bilanz und die Gesamtergebnisrechnung wurden mittels Beamer für alle an die Wand geworfen. Den Ratsmitgliedern waren die Unterlagen bereits vorab zugegangen.

Dazu einige Eckdaten:

- Die Bilanzsumme hat erstmals 9 Millionen Euro überschritten.
- Die "Nettoposition", man könnte auch sagen, das Grundkapital der Gemeinde, ist auf 8.964.326,42 Euro gestiegen.
- Die darin enthaltenen Rücklagen sind um fast 200.000 Euro auf nunmehr 544.629,89 Euro gestiegen.
- Der Haushaltsplan sah ein Minus von 102.700 Euro vor. Das Jahr wurde mit einem Plus von rd. 21.000 Euro abgeschlossen.

- Bei den Ausgaben gab es keine gravierenden Abweichungen. Die Einnahmen hingegen waren signifikant höher. Allein bei Steuern und Abgaben wurden gegenüber dem Haushaltsplan rd. 92.000 Euro mehr eingenommen.
- Die liquiden Mittel am Bilanzstichtag betragen über 407.000 Euro.
- Dem standen noch Belastungen von rund 110.000 Euro gegenüber. Der größte Posten war dabei noch die zu zahlenden Landkreis- und Samtgemeinde-Umlagen.

Der Jahresabschluss ist vorläufig, weil die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt noch nicht erfolgt ist. Der vorläufige Abschluss wurde gemeinsam mit den über- und außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig bestätigt.

Gemeinsam mit dem vorläufigen Jahresabschluss waren aus 2014 über- und außerplanmäßige Ausgaben zu genehmigen.

- Der größte Posten mit rund 24.000 Euro war, wie eine Nachfrage der SPD-Fraktion ergab, fällig geworden, weil mehr Barendorfer Kinder als geplant in die Kindertagesstätten gingen.
- Für die Überdachung des Eingangs in die Kabinen im Sport- und Dorfgemeinschaftshaus wurden rund 11.000 Euro ausgegeben.

- Der Austausch der Leuchtmittel in den Straßenlaternen, es waren die HQL-Lampen durch LED-Leuchtkörper ersetzt worden, kostete rund 9.000 Euro.
- Die Organisationskosten, vor allem verursacht durch Rechtsanwaltsgebühren, waren um ca. 4.000 Euro höher als geplant.
- Für den Straßenunterhalt wurden rund 2.400 Euro mehr als geplant ausgegeben.

Es wurden einige Nachfragen zufriedenstellend beantwortet.

Der Jahresabschluss ist vorläufig, weil die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt noch nicht erfolgt ist. Der vorläufige Abschluss wurde gemeinsam mit den über- und außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig bestätigt.

Fußweg "Nachtigallenweg"

Der Fußweg zum Wald ist im Privatbesitz. Er ist allerdings als der Allgemeinheit zugänglicher Fußweg gewidmet. Die Anrainer hatten beantragt, dass die Gemeinde den Weg entweder entwidmet oder zur Sanierung einen Zuschuss leistet. Die Mitglieder des Umwelt- und Verkehrsausschusses sowie einige weitere Ratsmitglieder hatten den Weg besichtigt. Über die Sanierungsnotwendigkeit gab es unterschiedliche Einschätzungen.

Der Fachausschuss hatte empfohlen, den Weg nicht zu entwidmen und schlug einen Zuschuss in Höhe von 1.500 Euro vor.

Der Bürgermeister trug vor, dass entgegen der Empfehlung kein Zuschuss gezahlt werden soll. Das wurde mit mehreren Beiträgen aus der CDU-Fraktion unterstützt. Der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums betonte nochmals, dass er keinen akuten Sanierungsbedarf erkennen kann.

Die Sitzung wurde kurz unterbrochen. Eine Bürgerin fragte nach, ob der Fußweg von allen benutzt werden darf. Das wurde ausdrücklich bestätigt.

Es wurde einstimmig beschlossen, dass der Fußweg nach wie vor öffentlich-rechtlich gewidmet bleibt. Es wird, da es sich um einen Privatweg handelt, kein Zuschuss gezahlt.